

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **0609-2006/DaDi** vom 13.11.2006
(Referenz-Vorlage: 0494-2006/DaDi)

Aktenzeichen: 412-006

Fachbereich: Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, FWG und WASG-Die Linke-DKP
Wucherpennig, Dagmar
Harth, Brigitte
Pasewald, Horst
Busch-Hübenbecker, Walter

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

| <i>Nr.</i> | <i>Gremium</i> | <i>Status</i> | <i>Zuständigkeit</i> |
|------------|----------------|---------------|--|
| 1. | Kreistag | Ö | Zur abschließenden Beschlussfassung |

Betreff: **Einschulungsbeihilfe
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Grüne, FWG und WASG-Die
Linke-DKP**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg stellt fest, dass in den Regelsätzen für ALG-II-beziehende Eltern die erhöhten Ausgaben für die Einschulung ihrer Kinder nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt sind. Dies stellt eine Benachteiligung der betroffenen Familien gegenüber der vorherigen Regelung nach dem BSHG dar.
Im Landkreis Darmstadt-Dieburg sind derzeit 493 Kinder im einschulungsfähigen Alter betroffen.
2. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die hessische Landesregierung auf, sich mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative für eine Änderung der Hartz-IV-Gesetzgebung einzusetzen, um der Benachteiligung dieser Kinder entgegenzutreten.

Begründung:

Nach der derzeit gültigen Hartz-IV-Gesetzgebung ist eine solche Beihilfe zurzeit nicht als einmalige Sonderzahlung enthalten. Für den Landkreis würde sie eine freiwillige Leistung darstellen, die das Gesetz nicht vorsieht. Daher muss sich der Landkreis dafür einsetzen, dass dies auf Bundesebene entsprechend geregelt wird.